

Für einen echten Mietpreisstopp!

Steigende Mieten, Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen, Luxussanierungen – die Probleme auf dem Wohnungsmarkt werden immer größer. Mehr und mehr Menschen, vor allem Alleinerziehende, ältere Menschen, Geringverdiener und Erwerbslose können ihre Miete nicht mehr bezahlen und finden keinen Wohnraum in ihrem sozialen Umfeld. Das Problem wurde nun auch von den anderen Parteien, allerdings viel zu spät erkannt. Vor allem die SPD versucht mit halbherzigen Vorschlägen vermeintliche Lösungen anzubieten. Fallen Sie darauf nicht herein, sondern prüfen Sie genau, wer in Ihrem Interesse und nicht in dem der Vermieter handelt.



DIE LINKE.

- | | |
|--|--|
| <ol style="list-style-type: none">1. Bei Bestandsmieten sollen die Mieten in vier Jahren maximal um 15 Prozent steigen dürfen.2. Bei Neuvermietungen soll die Miete nicht mehr als 10% über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen.3. Vermieter sollen bei Sanierungen maximal 9 Prozent der Kosten pro Jahr auf die Mieter umlegen dürfen – ohne zeitliche Begrenzung. | <ol style="list-style-type: none">1. Die Miete darf ohne maßgebliche Wohnwertverbesserungen nur im Rahmen des Inflationsausgleiches erhöht werden.2. Mieterhöhungen allein auf Grund von Neuvermietung müssen unzulässig werden.3. Die Modernisierungsumlage muss sich an der Betriebskostensparnis für die Mieterinnen und Mieter orientieren und darf höchstens 5 Prozent betragen. Wenn sich die Investition des Vermieters dadurch ausgeglichen hat, soll diese Mieterhöhung wieder zurückgenommen werden. |
|--|--|

Darüber hinaus fordern wir:

- Die Privatisierung des öffentlichen Wohnungsbestandes muss gestoppt werden.
- Haushalte sollen nicht mehr als 30% ihres Nettoeinkommens für die Miete aufbringen müssen.
- Der Mietspiegel muss auf Grundlage aller bestehenden Mieten (Bestandsmieten) erstellt werden.
- Wir brauchen eine neue Offensive für einen sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau. Das Genossenschaftswesen muss gefördert werden.
- Investorinnen und Investoren, die öffentliche Fördermittel in Anspruch nehmen, müssen mindestens ein Drittel Sozialwohnungen mit begrenzten Mieten errichten.
- Die Auftraggeber und Auftraggeberinnen von Maklerinnen und Makler müssen deren Kosten tragen. Die regelmäßig stattfindende Übertragung dieser Kosten (Provisionen) auf die Mieterinnen und Mieter ist zu untersagen.

Wohnen ist nicht nur ein Grundbedürfnis aller Menschen, sondern ein Grundrecht und muss deshalb im Grundgesetz als solches verankert werden. Aber immer mehr Mieterinnen und Mieter können nicht auf diese langfristige Maßnahme warten, sondern brauchen jetzt Lösungen. Für DIE LINKE ist klar: Wohnungen sind ein Zuhause und kein Anlageobjekt.